



Rechtsausschuss

70. Sitzung (öffentlich)

17. März 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 14:49 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Herausforderungen in der Justiz begegnen. Digitalisierung und Legal Tech in der Lehre vorantreiben. Nachwuchskräfte stärker fördern.	8
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/12052	
Schriftliche Anhörung des Rechtsschusses und des Wissenschaftsausschusses	
Stellungnahme 17/3715	
Stellungnahme 17/3716	
Stellungnahme 17/3719	
Stellungnahme 17/3707	
Stellungnahme 17/3721	
Stellungnahme 17/3735	
– Auswertung der schriftlichen Anhörung	
– Wortbeiträge	

- 2 Unabhängigkeit der Justiz darf nicht durch Anschein parteipolitischer Einflussnahme auf Personalbeurteilungen und -auswahl gefährdet werden – Minister Biesenbach muss von seinem Vorhaben Abstand nehmen!** **13**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12765

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, über das weitere Verfahren hinsichtlich der beantragten Anhörung in der Obbleuterunde zu beraten.

- 3 Hohes Sicherheitsrisiko durch wachsende Zahl von Geldautomaten-sprengungen – Landesregierung muss skrupellose Bandenkriminalität entschiedener bekämpfen!** **14**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12766 (Neudruck)

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des Innenausschusses pflichtig zu beteiligen.

- 4 Gesetz zur Regelung der Folgen des Wegfalls der Personalunion zwischen der Präsidentschaft des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen und des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen** **15**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12774

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

- 5 Wahlrecht zwischen Heilfürsorge und Beihilfe für die Beamtinnen und Beamte des Vollzugs- und Werkdienstes im Justizvollzug auch in NRW** **16**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4538
- Schriftliche Anhörung
des Rechtsausschusses
Stellungnahme 17/3710
Stellungnahme 17/3709
Stellungnahme 17/3728
- Auswertung der schriftlichen Anhörung
- Wortbeiträge
- 6 Corona in der Justiz** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4853
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 7 Übergriffe auf Justizvollzugsbedienstete** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **21**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4855
- Wortbeiträge
- 8 Fortsetzung des Paktes für den Rechtsstaat?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4856
- keine Wortbeiträge

- 9 Entweichungen im Strafvollzug** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4868
- keine Wortbeiträge
- 10 Welche Strategie verfolgt die Landesregierung bei der Sicherstellung bzw. Beschlagnahmung von Kryptowährungen?** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4857
- keine Wortbeiträge
- 11 Mangelnde Organisation in den Justizvollzugsanstalten – Beschwerden von Inhaftierten** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **28**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4859
Vorlage 17/4860
Vorlage 17/4862
- keine Wortbeiträge
- 12 Abfrage von mehr als 12.000 Telefonnummern im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **29**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4876
- Wortbeiträge

13 Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Auswertungen der Geiselnahmen in den JVAen Geldern und Münster *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4861

– keine Wortbeiträge

14 Verschiedenes **31**

* * *

4 Gesetz zur Regelung der Folgen des Wegfalls der Personalunion zwischen der Präsidentschaft des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen und des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12774

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

(Gesetzentwurf vom Plenum am 03.03.2021 nach der Ersten Lesung zur Federführung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Rechtsausschuss und an den Hauptausschuss zur Mitberatung überwiesen.)

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil informiert, dass die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs durch den federführenden Haushalts- und Finanzausschusses in dessen Sitzung am 18. März 2021 erfolgen solle.

Angela Erwin (CDU) stellt fest, der Gesetzentwurf beziehe sich auf eine bereits im Jahr 2017 in Kraft getretene Änderung; jetzt würden die besoldungsrechtlichen Folgen geregelt. Die vorgeschlagenen Änderungen seien sachdienlich und zielführend. Aus diesem Grund werde die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf empfohlen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

